

Richard Lorenz

Historische und politische Voraussetzungen der »Moskauer Prozesse« (1936–1938)

In den Jahren 1936–1938 wurde das innenpolitische Leben der UdSSR von einer Reihe großangelegter »Schauprozesse« bestimmt, die mit der physischen Vernichtung der alten bolschewistischen Führungselite endeten. Die Angeklagten, unter denen sich fast alle ehemaligen Oppositionsführer befanden, wurden schwerster Verbrechen beschuldigt und auf Grund ihrer Geständnisse zumeist zum Tode verurteilt. Außerdem fanden Geheimprozesse statt, unter denen besonders das Verfahren gegen die militärischen Führer des Landes Aufsehen erregte. Auch in diesem Falle wurde die Todesstrafe verhängt und unmittelbar vollstreckt. Die Moskauer Prozesse haben nicht nur die zeitgenössischen Beobachter vor zahlreiche Fragen gestellt, sondern auch die wissenschaftliche Forschung immer wieder beschäftigt.¹ Dabei hat sich das Interesse vor allem auf die kriminologischen Aspekte sowie die den Prozessen unmittelbar vorangehenden Entscheidungen konzentriert. Die folgenden Ausführungen verweisen demgegenüber auf einige historische und politische Zusammenhänge.

1. Kommunistische Partei und Opposition

Die politischen Prozesse der Jahre 1936–1938 standen am Ende langjähriger Auseinandersetzungen, die die Entwicklung der Bolschewistischen bzw. Kommunistischen Partei von Anfang an bestimmten.² Das autoritäre innerparteiliche Regime, das sich unter den Bedingungen des Zarismus herausgebildet und in seiner Kernstruktur die

¹ L. Bernaut, N. Leites, *Ritual of Liquidations. The Case of the Moscow Trials*. Glencoe 1954; F. Beck, W. Godin, *Russian Purge and the Extraction of Confession*. London/New York 1951; J. Carmichael, *Säuberung. Die Konsolidierung des Sowjetregimes unter Stalin 1934–1938*. Frankfurt/M./Berlin/Wien 1972; Th. Pickel, *Die Moskauer Schauverfahren 1936–1938*. München 1963; P. Broué, *Le procès de Moscou*. Paris 1964; W. Ziehr, *Die Entwicklung des «Schauprozesses» in der Sowjetunion*. Berlin 1970; G. Dickler, *Die Moskauer Prozesse (1936–1938)*, in: ders., *Prozesse, die Geschichte machten*. Frankfurt/M. – Hamburg 1966; R. Conquest, *Am Anfang starb Genosse Kirow. Säuberungen unter Stalin*. Düsseldorf 1970, S. 106 ff.; R. H. McNeal, *The Decisions of the CPSU and the Great Purge*, in: *Soviet Studies* (1971) Nr. 2, S. 177–185; B. L. Unger, *Stalin's Renewal of the Leading Stratum. A Note on the Great Purge*. Ebenda (1969) Nr. 3, S. 321–330; R. C. Tucker, S. F. Cohen (Eds.), *The Great Purge Trial*. New York 1965; *The Stalinist Terror in the Thirties. Documentation from the Soviet Press*. Hrsg. von B. Levitsky. Stanford/Cal. 1974; *Question of a September 1936 Plenum of the CPSU Central Committee*, in: *Slavic Review* 1967 (Nr. 3), S. 665 ff.

² R. V. Daniels, *Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland*. Köln/Berlin 1962; ders., *Die linke Opposition und die Entwicklung des Sowjetkommunismus*, in: *Sozialismusdebatte*. Hrsg. von U. Wolter. Berlin 1978, S. 131 ff.; *Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur*. Hrsg. von F. Kool und E. Oberländer. 2 Bde. München 1972; G. Boffa, *Storia Dell'Unione Sovietica I (1917–1941)*. Milano 1976; G. Procacci, *Il partito nel sistema sovietico (1917–1945)*, in: *Critica marxista* (1974) Nr. 2; N. Valentinov, *Novaja ekonomičeskaja politika i krizis partií posle smerti Lenina. Gody raboty s VSNCb vo vremja Nép. Vospominanija*. Stanford/Cal. 1971; *Die linke Opposition in der Sowjetunion 1923–1928*. Hrsg. von U. Wolter, bisher 5 Bde., Berlin 1975–1977.

Revolution überdauert hatte, gestattete es nicht, politische Meinungsverschiedenheiten in rationalen und demokratischen Formen auszutragen. Sie waren in der Regel mit Verleumdungen, Intrigen und Provokationen verbunden; persönliche Gegensätze drängten die eigentlichen Sachprobleme immer wieder in den Hintergrund. Im innerparteilichen Kampf, der auf die politische und moralische Vernichtung des Gegners zielte, schien jedes Mittel recht.³ Auch nachdem sich die Kommunistische Partei aus einer kleinen Organisation von Berufsrevolutionären in eine Massenpartei verwandelt und erhebliche organisatorische Veränderungen erfahren hatte, bildeten sich zu keiner Zeit stabile demokratische Strukturen heraus. Verschiedene Initiativen zur Demokratisierung des Parteiregimes, die von oppositionellen Gruppen ausgingen, vermochte die Führung jeweils zur Stärkung der eigenen Position auszunutzen. Dabei benutzte sie vor allem das Fraktionsverbot, das 1921 ausgesprochen worden war, um die Partei in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise handlungsfähig zu erhalten, als wirksames Disziplinierungsinstrument.

Das Regime der zentralisierten Einparteiherrschaft, das sich in den Jahren des Bürgerkrieges etabliert hatte, wurde unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik immer weiter ausgebaut. Sozialistische Parteien (Sozialrevolutionäre und Menschewiki), die in den ersten Jahren nach der Revolution noch begrenzte legale Wirkungsmöglichkeiten hatten, wurden nun verboten. Beim Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik, die bestimmte Vorstellungen dieser Parteien aufgriff, forderte Lenin, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre ins Gefängnis zu sperren.⁴ Seither sahen sich ihre Mitglieder und Sympathisanten verschärften Verfolgungen ausgesetzt, denen sie nur entgehen konnten, wenn sie ihren politischen Auffassungen öffentlich abschworen und Reue bekundeten. Durch die Sozialistenverfolgungen der zwanziger Jahre kamen Tausende ehemaliger Revolutionäre in die Gefängnisse, Kerker und Konzentrationslager.⁵

Während sich die nichtbolschewistischen politischen Kräfte zunehmender Repression ausgesetzt sahen, gab es innerhalb der Kommunistischen Partei zunächst noch eine gewisse Diskussionsfreiheit. Restriktionsversuche der Führung stießen vielfach auf Widerstand, der namentlich von der älteren Generation der bolschewistischen Revolutionäre ausging.⁶ In diesem Zusammenhang kam es während der zwanziger Jahre zu schweren fraktionellen Auseinandersetzungen, die zeitweise das gesamte innere Leben der Partei bestimmten. – Die anhaltende Parteikrise hatte unterschiedliche Ursachen. In ihr spiegelten sich zunächst die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Spannungen des Landes wider. Die Interessenkonflikte der neuen, von der Revolution freigesetzten gesellschaftlichen Kräfte konnten unter den Bedingungen der Einparteiherrschaft nicht legal ausgetragen werden. Alle Schwierigkeiten und Spannungen äußerten sich in Fraktionskämpfen innerhalb der Kommunistischen Partei, die das politische Machtmonopol ausübte. Die Parteikämpfe spitzten sich zu, als die Bauernschaft und die neue Bürokratie immer mehr erstarkten, die Wiederherstellungsperiode der Wirtschaft zu Ende ging und über die Zukunft des Landes entschieden werden mußte. – Darüber hinaus entsprangen die ständigen fraktionellen Auseinandersetzungen der autoritären Organisationsstruktur der

³ Bereits auf dem 9. Parteitag der KPR im Jahre 1920 wurde das »System der Verbannungen, der Verschickungen mannigfacher Art« kritisiert, das sich in der Partei eingebürgert hatte. Devjatyj s-edz Rossijskoj Kommunističeskoy Partii. Stenografičeskij otčet. Moskau 1920, S. 38 ff.

⁴ W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, Berlin (Ost) 1975, S. 376 f.

⁵ R. Abramowitsch, Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion. Berlin 1930.

⁶ Vgl. beispielhaft die »Erklärung der Sechsundvierzig«, in: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Bd. 1, S. 273 ff.

Kommunistischen Partei, in der der Führerschaft eine weit größere Bedeutung zukam als in anderen, demokratisch verfaßten Parteien. Der Führungswechsel war hier notwendigerweise mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, zumal Lenin, der in der Vergangenheit die Einheit der Partei verkörpert hatte, in dieser Frage einer Entscheidung ausgewichen war. Stalin, der als Generalsekretär bereits 1922 über »eine unermeßliche Macht« verfügte, nutzte diese Situation, um seine persönliche Machtposition ständig zu verstärken.⁷ Auf seine Initiative hin erfolgte eine Reihe organisatorischer und personeller Veränderungen, die dazu dienten, die Partei totaler zentraler Kontrolle zu unterwerfen und die wichtigsten Führungsorgane mit eigenen Vertrauensleuten zu besetzen. Auch solche Institutionen wie die Zentrale Kontrollkommission, der ursprünglich eine antibürokratische Funktion zugedacht war, verwandelten sich hierbei rasch in ein Instrument der Diktatur.

Die zunehmende Machtkonzentration wurde durch die personelle Umschichtung der Partei erleichtert und gefördert.⁸ Der Massenzstrom politisch unerfahrener Mitglieder stärkte die Stellung der Parteikomitees und damit die bürokratische Organisationsform. So wurde die KPR bald von einer Schicht von Parteisekretären kontrolliert, die ihre Direktiven von Stalin erhielten. Bereits in den zwanziger Jahren sah sich die alte bolschewistische Führungsschicht von der neuen Parteibürokratie immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Die Fraktionskämpfe beschleunigten diesen Prozeß, da die Entmachtung oppositioneller Führer jeweils mit einer personellen Säuberung des Partei- und Staatsapparats verbunden war, die sich gegen deren – tatsächliche oder vermeintliche – Anhänger richtete. »Unter der Fahne des Kampfes gegen die Opposition findet eine Ersetzung der Revolutionäre durch Beamte statt«, kommentierte Trockij.⁹ Unter solchen Umständen war jeder Versuch, die Parteilinie auf demokratischem Wege zu ändern, von vornherein zum Scheitern verurteilt, die Niederlage linker oppositioneller Gruppen gleichsam vorbestimmt. Allerdings verfügte auch keine dieser Gruppen über ein konstruktives Programm, das einen realen Ausweg aus den mit der Neuen Ökonomischen Politik verbundenen Schwierigkeiten aufgezeigt hätte. Daneben hegten sie vielfach illusoriäre Vorstellungen von den wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes. Ihre politischen Forderungen aber beschränkten sich in der Regel auf die Herstellung der Parteidemokratie, während das Regime der zentralisierten Parteidiktatur selbst fortbestehen sollte. Daher blieben die politischen Auseinandersetzungen auf die führenden Parteikreise beschränkt, und die Bevölkerung des Landes verhielt sich passiv und abwartend. Selbst die Masse der Parteimitglieder und -funktionäre nahm nach 1923/24 daran keinen Anteil mehr. Das erleichterte es der Stalinschen Führung, die über alle Machtmittel verfügte, solche Auseinandersetzungen immer häufiger auf administrativem Wege zu entscheiden.¹⁰

Nachdem sich Stalins Machtposition Mitte der zwanziger Jahre konsolidiert hatte, bildeten sich innerhalb der Kommunistischen Partei schrittweise die Repressionsformen heraus, die am Ende zur physischen Vernichtung der alten revolutionären Führer führen sollten.¹¹ Gegen die Opposition wurden in wachsendem Maße

⁷ Lenins Vorschlag vom Dezember 1921, Stalin als Generalsekretär abzulösen, war nicht befolgt worden. Vgl. »Brief an den Parteitag«, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 36, Berlin (Ost) 1974, S. 577 ff.

⁸ Einzelheiten bei H.-H. Schröder, Arbeiterschaft, Wirtschaftsführung und Parteibürokratie während der Neuen Ökonomischen Politik. Zur Sozialgeschichte der bolschewistischen Partei 1920–1928. (Manuskript).

⁹ L. Trotzki, Verratene Revolution. Zürich o. J., S. 98.

¹⁰ B. Baschanow, Ich war Stalins Sekretär. Frankfurt/M.–Berlin–Wien 1977, S. 170 ff.

¹¹ Das geht vor allem aus den Berichten ehemaliger linker Oppositioneller hervor. Vgl. die entsprechenden Jahrgänge von *Bjulletin' oppozicii* und *Socialističeskij Vestnik*. Dazu außerdem: L. Trotzki, Stalins Verbrechen. Berlin 1973; L. Sedow, Rotbuch über den Moskauer Prozeß. Hamburg 1971; V. Serge, Leo Trotzki. Leben und Tod. Wien/München/Zürich 1978.

organisatorische Sanktionen verhängt; die politische Polizei (OGPU) griff immer häufiger in die politische Diskussion ein. Schon im Jahre 1928 nahm sie Massenverhaftungen in der Partei vor, die – wie zur Zeit des Zarismus – mit administrativen Verschickungen und Verbannungen endeten. Um solche Repressalien, die sich nun in wachsendem Maße auch gegen die Bacharin-Gruppe und ihre Anhänger – die sogenannte Rechtsopposition – richteten, zu rechtfertigen, denunzierte man politische Gegner als imperialistische Agenten, die das bestehende Regime zu unterminieren versuchten. Oppositionelle wurden öffentlich der Sabotage und Spionage, bald auch verschwörerischer und terroristischer Absichten gegen die Partei- und Staatsführung und schließlich der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes beschuldigt. Seit Mitte der zwanziger Jahre forderte die Führung von den Oppositionellen nicht nur die Einstellung jeder Kritik sowie völligen politisch-intellektuellen Konformismus, sondern darüber hinaus auch den Widerruf ihrer politischen Auffassungen. Diese sahen sich gezwungen, öffentliche Schuld- und Reuebekennnisse abzulegen, die in der Regel mit einer Verdammung Trockis und einem überschwenglichen Lob Stalins verbunden waren. Bald gehörten solche Selbstbezeichnungen, die vor verschiedenen Parteigremien, auf Versammlungen und in der Presse abgegeben wurden, zum obligatorischen politischen Ritual. Stalin benutzte derartige Erklärungen dazu, jeden Widerstand gegen seine Politik zu unterbinden und die gesamte Partei zum strikten Gehorsam zu zwingen. Außerdem gelang es ihm auf diese Weise, seinen eigenen Führungsanspruch zu rechtfertigen. So trug die Opposition ungewollt zur systematischen Magnifizierung Stalins bei, die die Voraussetzung für den zunehmenden Personenkult bildete.¹² – Das Mittel des öffentlichen Widerrufs gelangte namentlich dann zur Anwendung, wenn sich die Schwierigkeiten im Lande häuften und Stalin mit Widerstand gegen seine Politik rechnen mußte. Dieselben Personen, die bereits politisch kapituliert hatten, mußten dann neue, immer demütigendere Schuldbeekenisse ablegen. Die ehemaligen Oppositionellen aber waren in der Regel zur bedingungslosen Unterwerfung und öffentlichen Demütigung bereit, da Stalin auch für sie die Einheit der Partei verkörperte, die nach bolschewistischer Auffassung als grundlegende Voraussetzung jeder Machtausübung galt. An dieser Auffassung hielten sie selbst dann noch fest, als sich Stalin immer mehr über die Partei erhob und sich seine Alleinherrschaft abzeichnete. Damit aber förderten sie ihre eigene Entrichtung und darüber hinaus die Demoralisierung der gesamten Partei. Durch die häufigen, immer weitergehenden Reuebekundungen verloren sie ihren politischen Einfluß und jede moralische Autorität. Sie wurden zu gefügigen Werkzeugen Stalins, der am Ende jede gewünschte Erklärung von ihnen zu erpressen vermochte, die dann zur Legitimation verschärfter Repressionen diente. Aus Angst vor Repressalien und Quälereien, die sich zugleich auf ihre Familie und ihre Freunde erstreckten, gaben sie schließlich ihre Persönlichkeit auf und verwandelten sich in völlig gebrochene Menschen.

II. Politische Justiz

Von Anfang an benutzte die sowjetische Führung den politischen Prozeß als ein Instrument, um ihre Gegner zu bekämpfen und zugleich die gesamte Bevölkerung propagandistisch zu beeinflussen.¹³ Zwar hatten die einzelnen Prozesse jeweils ganz

¹² Der eigentliche Personenkult datiert ziemlich genau vom 21. Dezember 1929, dem fünfzigsten Geburtstag Stalins.

¹³ W. Ziehr, *Die Entwicklung des »Schauprozesses« in der Sowjetunion; S. B. Lewytskyj, Vom Roten Terror zur sozialistischen Gesetzlichkeit*. München 1961.

bestimmte Funktionen. Im Kern ging es jedoch stets darum, eigene Schwierigkeiten und Mißerfolge auf Sabotage, Verrat, Verschwörungen und ähnliche kriminelle Aktivitäten zurückzuführen. Zugleich rechtfertigten solche Prozesse die staatliche Repression, die immer neue Kreise der Bevölkerung erfaßte. In den zwanziger Jahren richtete sich die politische Justiz besonders gegen die Mitglieder der verbotenen sozialistischen Parteien. Einen ersten Höhepunkt bildete der öffentliche Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre im Jahre 1922, die terroristischer Akte während des Bürgerkrieges angeklagt wurden.¹⁴ Mit Hilfe dieses Prozesses, der von einer großangelegten politischen Kampagne begleitet war, sollte die Verfolgung der Sozialrevolutionären Partei – und darüber hinaus der anderen sozialistischen Gruppen – gerechtfertigt werden. Der Kommunistischen Partei ging es in jener Zeit vor allem darum, ihren eigenen Anspruch auf das absolute Machtmonopol zu unterstreichen. Allerdings sah sich die sowjetische Führung unter dem Druck westlicher Sozialisten und Kommunisten damals gezwungen, ausländische Anwälte zuzulassen und die Vollstreckung der Todesurteile auszusetzen.¹⁵

Besonders häufig waren öffentliche und nichtöffentliche politische Prozesse in der Zeit der forcierten Industrialisierung und Massenkollektivierung.¹⁶ Sie richteten sich in erster Linie gegen technische und ökonomische Fachleute, die als »Schädlinge« verfolgt und für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wurden. Man wollte auf diese Weise ein Exempel statuieren, um die gesamte technisch-ökonomische Führungsschicht des Landes einzuschüchtern. Zugleich sollten die Schädlingsprozesse die Unzufriedenheit abfangen, die sich mit den sich seit Ende der zwanziger Jahre rapide verschlechternden Arbeits- und Lebensverhältnissen in allen Bevölkerungsschichten ausbreitete. Außerdem dienten sie der Mobilisierung neuer Spezialisten, der in jener Zeit besondere Bedeutung zukam. Vor allem aber ging es darum, Sündenböcke für die wirtschaftlichen Mißstände und Mißerfolge zu benennen. Dieses Ziel verfolgte bereits der Sachty-Prozeß von 1928, in dem mehr als 50 führende Spezialisten des ukrainischen Kohlebergbaus beschuldigt wurden, in ausländischem Auftrag wirtschaftliche Sabotage verübt zu haben. Die schweren Organisationsmängel in der Kohleindustrie erschienen so als Resultat einer ökonomischen Intervention des ausländischen Kapitals, das mit Hilfe russischer Agenten die Absicht verfolge, die großen wirtschaftlichen Erfolge der UdSSR zu hinterreiben. Auf Grund ihrer Geständnisse verurteilte das Gericht die Angeklagten zu hohen Strafen, darunter eine Reihe zum Tode. In ähnlicher Weise verließ der Prozeß gegen die »Industriepartei« im Jahre 1930, in dem ebenfalls führende Spezialisten der wirtschaftlichen Sabotage und der Konspiration mit dem ausländischen Kapital beschuldigt wurden. Die Anklage sprach außerdem von Tausenden von Sympathisanten und Komplizen, um die Massenrepressalien gegen die technisch-ökonomische Intelligenz zu rechtfertigen. Auch auf die Mißerfolge der Kollektivierungspolitik und die hieraus resultierenden Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung reagierte die sowjetische Führung mit Schädlingsprozessen gegen Agrarspezialisten und -funktionäre, die vor allem für die Hungerkatastrophe von 1932/33 verantwortlich gemacht wurden. Der vorläufig letzte große Schädlingspro-

¹⁴ W. Ziehr, Die Entwicklung des »Schauprozesses« in der Sowjetunion, S. 39 ff.; K. Kersten, Der Moskauer Prozeß gegen die SR 1922. Berlin 1925.

¹⁵ Lenin hat dieses Zugeständnis, das Bucharin und Radek auf einer Konferenz der drei Internationalen in Berlin machten, scharf kritisiert. »Wir haben zu teuer bezahlt«, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, Berlin (Ost) 1973, S. 316 ff.

¹⁶ W. Ziehr, Die Entwicklung des »Schauprozesses« in der Sowjetunion, S. 73 ff.; Prompartii. Moskau 1931; Process konterrevolucionnoj organizacii men'shevikov. Moskau 1931; Vrediteeli pyatiletki. Moskau 1931; L. Fischer, Machines and Men. New York 1932; The Moscow Trial. Compiled by W. P. Coates. London 1933.

zeß fand im Frühjahr 1933 statt und richtete sich gegen das leitende Personal einiger Elektrizitätswerke, das man der Sabotage und Spionage beschuldigte.

In diesen Zusammenhang gehört auch der Prozeß gegen das »Unionsbüro der Menschewiki« von 1931.¹⁷ Eine Reihe ehemaliger Menschewiki, die inzwischen führende Stellungen im Staats- und Wirtschaftsapparat bekleideten, wurde angeklagt, in Zusammenarbeit mit der menschewistischen Emigration im Ausland und der Sozialistischen Internationale einen Krieg gegen die UdSSR geplant, einen Aufstand vorbereitet, Sabotage und Spionage sowie ähnliche Verbrechen begangen zu haben. Während die Schädlingsprozesse in der Regel auf die innenpolitische Wirkung abzielten, kam dem Prozeß gegen die ehemaligen Menschewiki vor allem eine wichtige außenpolitische Funktion zu. Er richtete sich gegen die internationale Aktivität der Menschewiki und sollte besonders die Sozialistische Internationale diskreditieren. Das – so meinte man – würde den Einfluß der Komintern auf die internationale Arbeiterschaft stärken. »Dieses Material muß dem gesamten internationalen Proletariat in allen Sprachen der Welt zugänglich gemacht werden«, schrieb W. Pieck über den Prozeß. »In allen Betrieben und Organisationen, vor der breitesten Öffentlichkeit der werktätigen Massen muß dieser Prozeß seine Fortsetzung finden.«¹⁸

Die öffentlichen Prozesse folgten alle dem gleichen Muster. Die Anklage faßte jeweils die Aussagen ganz unterschiedlicher Personen und Personenkreise zu einer Einheit, dem »Amalgam« zusammen. Sie stützte sich ausschließlich auf das Geständnis der Angeklagten, die als ihre eigenen Zeugen fungierten. Die Staatsanwaltschaft legte kein einziges Dokument oder Beweisstück vor, das ihre schweren Beschuldigungen erhärtet hätte. Beobachtern fiel auf, daß viele der Angeklagten einen regelrechten Geständniszwang entwickelten.¹⁹ »Sie haben gestanden ohne Ende, demonstrativ, mit einer Art Freude am öffentlichen Bekennen und an öffentlicher Reue.«²⁰ Dem war allerdings ein erheblicher psychischer und physischer Druck vorausgegangen. In dieser Hinsicht wurden die sowjetischen Prozesse häufig mit den Inquisitionsprozessen des Mittelalters verglichen.²¹ Auch die Inquisitionsgerichte hatten ja von ihren Angeklagten – darunter bedeutenden Persönlichkeiten – jedes beliebige Geständnis erpressen können. Zieht man schließlich die Arbeitsbedingungen der technischen und ökonomischen Fachleute, die dem ständigen Mißtrauen der Behörden ausgesetzt waren in Betracht, so wird erklärlich, warum sie am Ende so wenig Widerstandskraft entwickelten. Manche Angeklagten waren überdies der Meinung, dem Lande mit ihrem freiwilligen Geständnis einen großen Dienst zu erweisen, zumal ihnen die GPU hierfür Straferlaß versprach. »Ihr habt von mir das größte Opfer, Selbstverleumdung usw. gefordert«, erklärte beispielsweise N. Suchanov gegenüber den Vertretern der GPU. »Ich habe geglaubt, auf all das eingehen zu müssen, weil ich davon überzeugt war, daß es den höheren Interessen der UdSSR entsprach. Wir haben mit Euch, den Verfolgern, die Rollen einstudiert und die Komödie vorbereitet, die wir dann in Gestalt des Prozesses

¹⁷ F. Adler u. a., *Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale*. Berlin 1931; Die Sozialdemokratie auf der Anklagebank. Hamburg 1931.

¹⁸ W. Pieck, »Ein welthistorischer Prozeß«, in: *Inspektor* (1931), S. 607.

¹⁹ Zur psychologischen Problematik vgl. Th. Riekk, *Geständniszwang und Strafbedürfnis*, in: *Psychoanalyse und Justiz*. Mit einer Einleitung hrsg. von T. Moser. Frankfurt/M. 1974, S. 31 ff.

²⁰ L. Blum, *Der Moskauer Schandprozeß*, in: F. Adler u. a., *Der Moskauer Prozeß und die Sozialistische Arbeiter-Internationale*, S. 30.

²¹ So schreibt beispielsweise L. Blum: »Unwiderstehlich aber drängt sich eine Erinnerung auf. Die Geschichte hat schon eine Justiz gekannt, die jeden anderen Beweis als das Geständnis ablehnte, die nur auf Grund des öffentlichen Geständnisses des Beschuldigten verurteilen wollte: die Justiz der Inquisition.« Ebenda, S. 30.

vorgeführt haben. Es wurde selbstverständlich versprochen, daß auch der Vertrag ein bedingter und formaler war. Aber nachdem Ihr uns gezwungen habt, zu lügen und zu verleumden, halter Ihr uns jetzt hinter Gittern fest.“²² Derartige Mitteilungen liefern einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis der Geständnisse auch in späteren Prozessen, die sich gegen ehemalige Führer der Kommunistischen Partei richteten.

III. Die Kirov-Affäre

In den Jahren der großen, mit der Industrialisierung und Kollektivierung verknüpften gesellschaftlichen Umwälzungen, die mit terroristischer Gewaltanwendung gegen die Mehrheit der Bevölkerung verbunden waren, nahm auch die innerparteiliche Repression weiter zu. Hiervon waren nicht nur die ehemaligen Oppositionellen, sondern auch die Anhänger Stalins selbst betroffen. Zwar verstärkte sich in jenen Krisenjahren das Bedürfnis nach dem »Führer«, das die psychologische Voraussetzung für die Etablierung der cäsaristisch anmutenden Stalinschen Diktatur bildete. Als sich jedoch die verheerenden Auswirkungen der gewaltamen Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik immer deutlicher abzeichneten²³, kam es zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen Stalin und dem Funktionärsapparat. Man fragte sich, wie es zu einer solchen katastrophalen Situation im Lande, die so viel Leid und Entbehrungen bedeutete, hatte kommen können. Im Jahre 1932, auf dem Höhepunkt der inneren Krise, gab es innerhalb der Kommunistischen Partei deutliche oppositionelle Bestrebungen gegen das Stalin-Regime.²⁴ Besonders scharfe Kritik übte die Rjutin-Gruppe, die später als Keimzelle jeder terroristischen Verschwörung bezeichnet wurde. Auch ein Offener Brief Trockis an die sowjetische Staatsführung, in dem dieser – unter Berufung auf Lenin – die Ablösung Stalins forderte, konnte in einer solchen Situation nicht ohne Wirkung bleiben.²⁵ Allerdings befürchtete man damals, daß ein Sturz Stalins das gesamte Regime treffen müßte. Während die Stalinsche Führung nach außen hin stets einheitlich und geschlossen auftrat, kam es zu internen Spannungen, die ihren Höhepunkt auf der Plenartagung des Zentralkomitees im September 1932 und auf der gemeinsamen Tagung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission im Januar 1933 erreichten.²⁶ Auf diesen Tagungen widersetzte sich die Kirov-Gruppe der Forderung Stalins, verschärfte Repressalien gegen die ehemaligen Oppositionellen zu ergreifen und über den Rjutin-Kreis die Todesstrafe zu verhängen. Darüber hinaus trat sie für einen Abbau der terroristischen Herrschaftsmethoden und eine Erhöhung des Lebensstandards ein. In diesem Sinne vermochte sie erheblichen Einfluß auszuüben. Die wirtschaftliche Situation des Landes verbesserte sich, und es kam zu einer weitgehenden innenpolitischen Entspannung. Die Jahre 1933/34 waren so durch eine »Politik der Versöhnung« gekennzeichnet.²⁷ Die allgemeine Neuorientierung,

22 Iz pis'ma tovarišča, in: *Bjulletin' oppozicii* (1936) Nr. 51, S. 15.

23 Einzelheiten bei R. Lorenz, *Sozialgeschichte der Sowjetunion 1917–1945*. Frankfurt/Main 1976, S. 182 ff.

24 R. A. Medwedew, *Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus*. Frankfurt/M. 1973, S. 159 ff.

25 V. Serge, Leo Trotzki, S. 234.

26 Der erste Bericht hierüber stammt von N. Bucharin und wurde veröffentlicht in *Socialističeskij Vestnik* (1936) Nr. 23/24 und (1937) Nr. 1/2 unter der Überschrift: *Wie bereitete man den Moskauer Prozeß vor? (Aus dem Brief eines alten Bolschewiken)*. Vgl. auch R. R. Abramovitch, *Die Sowjetrevolution*. Hannover 1963, S. 320 ff.

27 Das wurde bereits von zeitgenössischen Beobachtern festgestellt. W. Duranty, *Stalin & Co.* New York 1949.

die sämtliche gesellschaftlichen Bereiche erfaßte, erstreckte sich allmählich auch auf das Gebiet der Außenpolitik. Die UdSSR schien in eine Periode innen- und außenpolitischer Wandlungen einzutreten. Im Lande regten sich vielfach Hoffnungen auf eine Demokratisierung; innerhalb der Partei kam es in jenen Jahren wieder zu Diskussionen. Zeitweise schien es sogar, als sei Stalin, der sich inzwischen an die Spitze der neuen Politik gestellt hatte, auch zur Aussöhnung mit seinen ehemaligen politischen Gegnern bereit. Es gäbe niemand mehr, »der geschlagen werden müßte«, erklärte er auf dem 17. Parteitag 1934.²⁸ Der politische Einfluß Kirovs, der in der Partei als wichtigster Repräsentant der Reformbestrebungen galt, nahm immer mehr zu. Inwieweit Stalin hierdurch seine eigene Machtposition bedroht sah, läßt sich im einzelnen schwer feststellen. Da er für die Mehrheit der Partei nach wie vor die terroristische Gewaltherrschaft verkörperte, schien damals vielen ein personeller Wechsel in der Partei- und Staatsführung erforderlich. Die neue Politik – so meinte man – benötigte auch neue Führer, wobei Kirov allgemein als personelle Alternative zu Stalin galt.²⁹

Der von Stalin provozierte Mord an Kirov im Dezember 1934 bereitete allen derartigen Überlegungen ein abruptes Ende.³⁰ Stalin benutzte diesen Mord, um die Verfolgung seiner ehemaligen politischen Gegner – vor allem der alten bolschewistischen Führer – wieder aufzunehmen und sie schließlich auf alle Kreise der Bevölkerung auszudehnen. Während er auf der einen Seite die offizielle Politik der wirtschaftlichen Besserung und politischen Entspannung fortsetzte und in diesem Zusammenhang eine Verfassungskampagne einleitete, organisierte er auf der anderen Seite die Ausrottung jeder möglichen Opposition, wobei er besonders von Molotov und Kaganovič unterstützt wurde.³¹ Zu diesem Zweck schuf man neben den offiziellen Gerichtsorganen eine Reihe besonderer Repressionsorgane, die zusammen mit der GPU überall im Lande Massenverhaftungen, Verbannungen und Hinrichtungen vornahmen. In erster Linie war Leningrad betroffen, wo nun niemand mehr verschont blieb. »Nicht nur die Funktionäre waren Repressalien ausgeliefert, sondern auch ihre Familien, ja selbst vollkommen unschuldige Kinder, deren Leben dadurch gleich am Anfang einen Bruch erlitten«, berichtete I. V. Spiridonov auf dem 22. Parteitag der KPdSU im Jahre 1961.³² Eine sich ständig verschärfende Wachsamkeitskampagne schürte das wechselseitige Mißtrauen und schuf ein Klima der Unsicherheit, Furcht und Einschüchterung. In der Partei begann eine Aktion »Reue und Geständnis«: »Große, vollbesetzte Säle und Auditorien verwandelten sich in Beichtstühle. Ungeachtet dessen, daß die Absolution nur zögernd erteilt wurde (im Gegenteil, meistens wurden die Sündenbekennnisse für nicht ausreichend erklärt), schwoll der Strom von ›Reuekundgebungen‹ von Tag zu Tag an.«³³ In erster Linie hatten ehemalige Mitglieder und Sympathisanten der Opposition, die in besonderem Maße die revolutionäre Tradition der Partei verkörperten, unter der verschärften Repression zu leiden. In diesem Zusammenhang wurden auch die »Gesellschaft der alten Bolschewiki« sowie die »Gesellschaft der ehemali-

²⁸ J. W. Stalin, Werke, Bd. 13, Düsseldorf 1976, S. 308.

²⁹ Das wird auch von der sowjetischen Historiographie bestätigt. Vgl. den Kommentar zur zweiten Auflage der »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion« von D. M. Kukio, Slavnaja i geroičeskaja istorija, in: *Voprosy istorii* (1963) Nr. 4.

³⁰ E. Lermolo, Face of a Victim. London 1956; A. Orlow, *The Secret History of Stalin's Crime*. New York 1953, S. 10–19; A. Ulam, *Koloß der Macht*. Esslingen 1973, S. 347 ff.; S. Krasnikov, *Sergej Kirov. Moskau 1964*; Schlußwort Chruschtschows auf dem 22. Parteitag der KPdSU, in: »Pravda« vom 29. 10. 1961.

³¹ Rede von A. N. Šlepin auf dem 22. Parteitag der KPdSU, in: »Pravda« vom 27. Oktober 1961.

³² Rede von I. V. Spiridonov auf dem 22. Parteitag der KPdSU in: »Pravda« vom 31. Oktober 1961.

³³ J. S. Ginsburg, *Marschroute eines Lebens*. Hamburg 1967, S. 13.

gen politischen Gefangenen und Verbannten« aufgelöst sowie Zeitschriften und Memoiren, die sich mit den bolschewistischen Traditionen beschäftigten, verboten. Es war, als suchte Stalin die gesamte revolutionäre Vergangenheit des Landes zu eliminieren.

Die gerichtliche Verfolgung erfaßte nun auch die Mitglieder und Funktionäre der Kommunistischen Partei, wobei alte politische Beschuldigungen jetzt strafrechtliche Bedeutung erhielten.³⁴ Bereits am Tage von Kirovs Ermordung wurde auf Stalins Initiative ein Gesetz über die beschleunigte, vereinfachte und abschließende Untersuchung politischer Fälle erlassen, das man kurz darauf noch präzisierte. Danach war es möglich, jeden politischen Fall unter Terrorismus einzuordnen. Um die ehemaligen Oppositionellen in die gerichtliche Verfolgung einzubeziehen, brachte man sie in Verbindung mit dem Mörder Kirovs, dessen angebliche Organisation Ende Dezember 1934 vor Gericht stand. Um diese Zeit waren Zinov'ev, Kamenev und einige andere ehemalige linke Oppositionsführer bereits verhaftet. Nach kurzer Voruntersuchung fand im Januar 1935 das Gerichtsverfahren gegen sie statt. Der Staatsanwalt beschuldigte sie – neben Bestrebungen zur Restauration des Kapitalismus und weiteren konterrevolutionären Aktivitäten –, terroristische Stimmungen im Lande geschürt zu haben. Auf diese Weise zwang er sie, die moralische Verantwortung für den Mord an Kirov zu übernehmen, was ihre Verurteilung zu langjährigen Gefängnisstrafen rechtfertigte. Dieser erste politische Geheimprozeß gegen ehemalige bolschewistische Partei- und Staatsführer bildete die Grundlage der späteren Schauprozesse. – Wenige Tage danach verhandelte das Militärgericht gegen die leitenden Sicherheitsbeamten von Leningrad, denen vorgeworfen wurde, sie hätten Kenntnis von den Attentatsvorbereitungen auf Kirov gehabt, aber keinerlei Gegenmaßnahmen ergriffen. Mit dieser Beschuldigung versuchte Stalin dem allorts aufkeimenden Verdacht entgegenzuwirken, selbst an dem Mord beteiligt zu sein. – In einem weiteren Geheimverfahren Ende Juli 1935 wurden Zinov'ev und Kamenev zusammen mit anderen Angeklagten der Attentatsvorbereitung auf die Partei- und Staatsführung beschuldigt und ein weiteres Mal abgeurteilt. Damit schien die Serie der politischen Prozesse, die unmittelbar auf die Ermordung Kirovs folgten, zunächst abgeschlossen.

IV. »Schauprozesse« und Massenterror

Im Sommer 1936 nahm Stalin plötzlich und unerwartet die gerichtliche Verfolgung ehemaliger innerparteilicher Gegner wieder auf, um nun endgültig auch ihre physische Vernichtung herbeizuführen. Eine Reihe öffentlicher Prozesse vor dem Militärkollegium beim Obersten Gerichtshof der UdSSR sollte hierfür die Begründung liefern. Dabei handelte es sich vor allem um den Prozeß gegen den »sinowjewischtisch-trotzkistischen Block« (Zinov'ev, Kamenev u. a.) im August 1936, den Prozeß gegen das »sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum« (Pjatakov, Radek, Sokol'nikov u. a.) im Januar 1937 sowie – als Höhepunkt – den Prozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« (Bucharin, Rykov u. a.) im März 1938.³⁵ Die Prozes-

³⁴ R. Medwedew, *Die Wahrheit ist unsere Stärke*, S. 173 ff.; R. Conquest, *Am Anfang starb Genosse Kirov*, S. 62 ff.

³⁵ Vgl. Anmerkung 1. Außerdem: Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR (Hg.), *Prozeßbericht über die Strafsache des Trotzkistisch-Sinowjewischtischen terroristischen Zentrums (19.–24. 8. 1936)*. Moskau 1936; *dass.* Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums (23.–30. 1. 1937). Moskau 1937; *dass.* Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen »Blocks der Rechten und Trotzkisten« (2.–13. 3. 1938). Moskau 1938; M. Sayers und A. E. Kahn, *Die Verschwörung des Blocks der Rechten und Trotzkisten gegen die Sowjetunion*. Berlin 1949; A. Kaestler, *Sonnenfinsternis*. Stuttgart 1948; M. Merleau-Ponty, *Humanismus und Terror*. 2 Bde., Frankfurt/M. 1966; B. Souvarine, *Stalin. A Critical Survey of Bolshevism*. London 1939.

se, die das gesamte politische Leben des Landes beherrschten, waren jeweils von großen propagandistischen Kampagnen begleitet, in denen zur gnadenlosen Ausrottung der Partei- und Volksfeinde aufgerufen wurde. Die Angeklagten wurden des Hochverrats, der Spionage, des Diversantentums, der Schädlingstätigkeit, der Ermordung Kirovs, der Vorbereitung terroristischer Akte gegen Stalin und die höchsten Partei- und Staatsführer sowie vieler anderer schwerer Verbrechen beschuldigt und auf Grund ihrer Geständnisse fast alle zum Tode verurteilt. In diesen Zusammenhang gehört auch ein Geheimprozeß gegen die höchsten militärischen Führer – darunter Marschall Tuchačevskij –, die der Verschwörung gegen das bestehende Regime beschuldigt, zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet wurden.³⁶ Die zentralen Prozesse waren von zahlreichen öffentlichen und geheimen Gerichtsverhandlungen auf lokaler Ebene begleitet, die in der Regel ebenfalls mit Hinrichtungen endeten.

Die Prozeßführung basierte (ebenso wie in den Prozessen der Jahre 1928–1933) stets auf den – in sich häufig widerspruchsvollen – Geständnissen der Angeklagten, die zugleich als ihre eigenen Belastungszeugen auftraten. Nie wurde ein objektives Beweisstück vorgelegt oder ein unbeteiligter Zeuge vorgeführt. »Für uns alte Parteimitglieder waren diese Prozesse Fieberphantasien«, schreibt A. Barmine in seinen Erinnerungen.³⁷ Die widersinnigen Geständnisse, die vor allem westlichen Beobachtern so große Rätsel aufgaben, erklären sich in erster Linie durch die voraufgegangene Entwicklung.³⁸ Die angeklagten bolschewistischen Führer befanden sich lange Zeit in den Händen der politischen Polizei. Durch ihre häufigen Kapitulationen, die mit psychischen und physischen Zusammenbrüchen verbunden waren, hatten sie längst ihre eigene Identität aufgegeben. Angesichts der Stalinschen Diktatur hatten sie keinerlei politische Perspektive mehr und waren von tiefer Enttäuschung und Verzweiflung befallen. Hinzu kam die außerordentliche Belastung, der die Angeklagten während der Voruntersuchung ausgesetzt waren. Die Vernehmungen der GPU zielen darauf ab, den Willen der Angeklagten für immer zu brechen, so daß diese bereit waren, die erpreßten Geständnisse öffentlich zu wiederholen. In der Regel erreichten sie dieses Ziel bereits durch das Kettenverhör, auch Konveyer oder Fließband genannt.³⁹ Durch die ununterbrochene Vernehmung durch einander ablösende Beamte, bei der die Angeklagten häufig noch zusätzliche Quälereien zu erleiden hatten, konnte ihr Widerstand meistens relativ rasch gebrochen werden. Viele Angeklagte sahen sich brutalen Torturen ausgesetzt; das Vernehmungssystem schloß die körperliche Folter ein, die seit dem Sommer 1937 allgemein zur Anwendung gelangte.⁴⁰ Zum Untersuchungsterror gehörte auch die selektive Hinrichtung von Häftlingen, die als abschreckendes Beispiel diente. Als besonders wirksam erwies sich immer wieder das Geiselsystem. Da sich stets auch Familienangehörige der Angeklagten in den Händen der Sicherheitsorgane befanden, verfügten diese über ein besonders grausames Druckmittel, zumal seit 1935 die allgemeine Strafmündigkeit auf Kinder bis zu 12 Jahren herabgesetzt worden war. Darüber hinaus spielte bei vielen Angeklagten das Motiv der Selbsterhaltung eine wesentliche Rolle. Während es einerseits völlig außer Zweifel stand, daß ein jeder

³⁶ L. Nikulin, A. Gorbatow, Geköpfte Armee. Berlin 1965.

³⁷ A. Barmine, Einer, der entkam. Wien o. J. S. 404.

³⁸ L. Trotzki, Stalins Verbrechen; R. Conquest, Am Anfang starb Genosse Kirov, S. 153 ff.

³⁹ »Das Fließband hatte den Zweck«, berichtete Ginsburg, »die Nerven zu zerrüttten, den Körper zu entkräften, den Widerstand zu brechen und den Menschen schließlich so weit zu bringen, daß er alles, was man wollte, unterschrieb.« J. S. Ginsburg, Marschroute eines Lebens, S. 58.

⁴⁰ Das wurde von Chruschtschow bereits 1956 bestätigt. Geheimrede vor dem XX. Parteitag der KPdSU, in: Medwedjew u. a., Entstalinisierung. Der XX. Parteitag und seine Folgen. Frankfurt/M. 1977, S. 487 ff.

hingerichtet wurde, der sich nicht von sich aus schuldig bekannte, schien das Geständnis eine gewisse Chance zu bieten, dem Tode noch einmal zu entrinnen. In ihrer verzweifelten Situation waren viele Angeklagte bereit, das vom Staatsanwalt geforderte Geständnis abzulegen und später auch öffentlich zu wiederholen – häufig in der illusionären Vorstellung, hiermit der Partei einen letzten Dienst zu erweisen. Das fiel ihnen um so leichter, je öfter sie bereits in der Vergangenheit Schuld- und Reuebekennnisse abgelegt hatten.⁴¹ In diesem Sinne waren die Moskauer Geständnisse vor allem das Endergebnis einer langen innerparteilichen Entwicklung, in deren Verlauf Stalin seine politischen Gegner in gebrochene und willenlose Menschen verwandelt hatte. – Schließlich ist auch zu berücksichtigen, daß jeweils nur die geständigen Angeklagten während des Prozesses auftraten, während die vielen anderen ohne Gerichtsverhandlung hingerichtet wurden.

Die eigentliche Bedeutung der Moskauer Prozesse aber liegt in ihrer Verbindung mit dem organisierten Massenterror, der in jenen Jahren das Land erschütterte. »Jeder dieser großen Prozesse wurde durch eine Welle von Massenverhaftungen vorbereitet, eine wahre Sturmflut von Verhaftungen folgte ihm«.⁴² Die Geständnisse, Selbstbezeichnungen und Beschuldigungen der Angeklagten führten zu einer nicht enden wollenden Kette von Denunziationen und Verleumdungen, die schließlich vor niemandem mehr Halt machten. Das ermöglichte es den Sicherheitsorganisationen, die Verfolgung auf immer neue Personenkreise auszudehnen. Ursprünglich richtete sich der Terror in erster Linie gegen die Schicht der alten Revolutionäre und deren potentielle Anhänger, die auch durch die Prozesse am meisten belastet wurden. Mit Hilfe des Denunziationssystems erfaßte er jedoch immer breitere Kreise der stalinistischen Funktionäre, die die politische, wirtschaftliche und militärische Macht des Landes verkörperten. Am Ende war – neben der Bevölkerung – der gesamte Partei- und Staatsapparat betroffen, wobei gemäß Stalins Direktive vom März 1937 keine Organisation verschont blieb.⁴³

Die Schauprozesse und die sie begleitende Wachsamkeitskampagne schufen ein Klima der Hexenjagd im Lande, das den unbeschränkten Einsatz aller terroristischen Instrumente der Staatsmacht gestattete, ohne daß dieser auf Widerstand stieß. Sie verbreiteten Furcht und Schrecken, die nicht nur jede politisch motivierte Opposition, sondern auch jede Äußerung von Unzufriedenheit bereits im Ansatz erstickten. Jeder, der irgendwann einmal Kritik an der Politik Stalins geübt hatte, sah sich nun gewarnt. Auf dem 22. Parteitag der KPdSU berichtete D. A. Lazurkina über die Angstpsychose, die damals in der Partei herrschte: »Wir, die Anhänger Lenins, wurden von einer Angst beherrscht, die wir bisher nicht gekannt hatten. Einer verleumdeten den anderen, das gegenseitige Vertrauen war erloschen und man traute sich selbst nicht mehr. Es wurden Listen zur Verhaftung unschuldiger Menschen aufgestellt. Man quälte uns, damit wir die anderen verleumdeten. Wir erhielten die Listen und wurden zur Unterschrift gezwungen; man versprach uns die Freiheit und drohte: wenn Du nicht unterschreibst, werden wir Dich foltern!«⁴⁴ Wichtigstes Ziel des unbegrenzten Massenterrors war es, die Führungsschicht des Landes auszuwechseln und auf sämtlichen Ebenen des Partei- und Staatsapparats die bisherigen Kader, die häufig die Interessen ihrer eigenen Organisation vertraten, durch neue – meist jüngere – Kräfte zu ersetzen, die ihre Machtposition einzig und

⁴¹ Das traf vor allem auf die Angeklagten im Prozeß von 1936 (Zinov'ev, Kamenev u. a.) zu, denen man die Begnadigung in Aussicht gestellt hatte. V. Serge, *Die sechzehn Erschossenen*. Hamburg 1977.

⁴² A. Weißberg-Cybulski, *Hexensabbat*. Frankfurt/M. 1977, S. 31.

⁴³ Stalin, *Werke*, Bd. 14, S. 119 ff. Hierzu auch R. Lorenz, *Politischer Terror in der UdSSR während der dreißiger Jahre*, in: *Das Argument* 114, S. 224 ff.

⁴⁴ Rede von D. A. Lazurkina auf dem 22. Parteitag der KPdSU, in: »Pravda« vom 31. Oktober 1961.

allein Stalin verdankten und diesem voll und ganz ergeben waren.“ Damit sollten auch die letzten Selbständigkeit- und Unabhängigkeitsbestrebungen, die es bislang – namentlich im Sicherheitsapparat und in der Armee – noch gegeben hatte, ein für alle Mal eliminiert werden. Für eine solche umfangreiche personelle Umschichtung benötigte Stalin eine gewisse Unterstützung durch die Bevölkerung. Er fand sie, indem er sich mit der Massenunzufriedenheit identifizierte und diese gegen die leitenden Funktionärsschichten lenkte. Die Propaganda prangerte ununterbrochen die Schädlings-, Diversions- und Spionagetätigkeit von Agenten ausländischer Staaten an, die meist als Trotzkisten bezeichnet und für alle Mängel des bestehenden Systems sowie für alle Not und alles Leid der Bevölkerung verantwortlich gemacht wurden. Es erschien kaum noch eine Nummer der »Pravda« oder der »Izvestija«, in der nicht zur Ausrottung der Volksfeinde und zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen worden wäre. Das Mißtrauen aller gegen alle, das immer weiter geschürt wurde, sollte sich mit einem grenzenlosen Vertrauen in die Person Stalins verbinden, die in einer so schwierigen und gefährlichen Situation, in der das Land von einer wahrhaft teuflischen Verschwörung bedroht schien, in um so hellerem Lichte erstrahlen mußte. So erreichte der Personenkult in den Jahren der Moskauer Prozesse ganz neue, quasi religiöse Dimensionen. Dem Kampf gegen die Volksfeinde dienten auch die Verfassungs- und Wahlkampagnen von 1937 und 1938, in denen zugleich die neuen Partei- und Staatsfunktionäre und ihre Ergebenheit gegenüber Stalin propagandistisch herausgestellt wurden. In diesem Sinne gehören die Moskauer Prozesse und der Massenterror 1936–1938 in den Zusammenhang wichtiger politischer Veränderungen, in deren Verlauf sich endgültig die persönliche Diktatur Stalins konsolidierte.

⁴⁵ Das Ausmaß des Personalaustauschs geht hervor aus der Rede von Ždanov auf dem 18. Parteitag der KPdSU (B) 1939, dt. Übersetzung A. Shdanow, Abänderungen am Statut der KPdSU (B), in: Die Kommunistische Internationale (1939), Sonderheft, S. 231 ff. Vgl. auch E. Švarc, Otmena massovych čistok partii, in: Partijnoe stroitel'stvo (1939) Nr. 5.